Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 42 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 19 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel B. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. zuzügl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 – Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 223 × Sonnabend, 23. November 1935 43. Jahrgang

Sperrung der Oel-Ausfuhr nach Italien?

Wieder ein Anschlag auf den chinesischen Ministerpräsidenten — Neue Zwischenfälle in Kairo — Die Untersuchung des Flaggendiebstahls in Amsterdam — Die Einberufungen zur Wehr- und Arbeitsdienstpflicht 1936

Francois-Poncet bei Hitler

× Berlin, 22. November

Der Führer und Reichskanzler hat gestern in Anwesenheit des Reichsministers des Auswärtigen den französischen Botschafter empfangen. Die Unterhaltung, die die allgemeine politische Lage zum Gegenstand hatte, war von einem freundlichen Geiste getragen und bot Gelegenheit, den guten Willen beider Regierungen festzustellen.

Bereitschaft zum Verstehen

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. November

In der amtlichen Mitteilung über die Unterredung des Führers und Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter in Berlin, François-Poncet, ist der freundliche Geist, der die Aussprache bestimmte, und der gute Wille der beiden Regierungen besonders hervorgehoben worden. Das ist ein erfreuliches, unter Umständen sogar ein vielversprechendes Anzeichen. Denn in der Tat ist der gute Wille und der freundliche Geist, man mag auch sagen: der Geist des Verstehens eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die erfolgreiche Behandlung grundlegender politischer Fragen. Die Verständigung zwischen zwei Völkern, selbst wenn ihr Verhältnis sehr stark durch Meinungsverschiedenheiten und gewisse Gegensätze bestimmt wird, ist im Grunde immer möglich, sobald der aufrichtige und vorbehaltlose Wille zu dieser Verständigung auf beiden Seiten vorhanden ist. Deutschland vertritt diese Auffassung nicht als blasse Theorie, es hat sie vielmehr schon mehrfach, so durch den deutsch-polnischen Verständigungspakt, in der Tat bewährt und bestätigt.

Daß noch manches Hindernis beseitigt werden muß, ehe der Weg zu einem deutsch-französischen Einvernehmen frei ist, wissen wir und wissen auch die Franzosen sehr gut. Diese Hindernisse sind nicht alle unmittelbar in dem deutsch-französischen Verhältnis selbst begründet. Sie ergeben sich vornehmlich auch aus dem politischen System, das Frankreich entwickelt hat und für die Vertretung seiner Interessen glaubt aufrechterhalten zu müssen. Um welche Schwierigkeiten es sich dabei im einzelnen handelt, ist oft genug, vor allem in der Zeit, in der eine Reihe von umfassenden Paktplänen in den Vordergrund der politischen Erörterungen geschoben wurden, ausführlich dargelegt worden. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich auch die weitreichende Bedeutung, die die Gestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses für die gesamteuropäische Zukunft hat. Aber wie gesagt, mit der aufrichtigen klaren Bereitschaft, derartige Hemmnisse auszuräumen, ist schon viel, ja vielleicht das meiste getan.

Der Führer und Reichskanzler hat seinerzeit immer wieder betont, daß nach der Rückgabe des Saargebietes an Deutschland keine ungelösten territorialen Fragen mehr zwischen Deutschland und Frankreich stehen werden. Die Saarfrage ist gelöst, und ein deutsch-französisches Gespräch findet andre und bessere Voraussetzungen als vorher. Wir hoffen daher, daß die Unterhaltung vom Donnerstag eine Entwicklung eingeleitet hat, die die Neuformung unsres Beziehungen zu Frankreich in freundschaftlich-verständnisvollem Geiste ermöglicht. Es ist schon viel gewonnen, wenn man sich über die politischen Fragen, von denen unmittelbar und mittelbar das Verhältnis der beiden Staaten und Völker abhängt — und es sind ihrer nicht wenige und nicht geringe — rückhaltlos ausspricht, wenn man über die Beweggründe des politischen Handelns sich ohne Vorbehalt und mit Verständnis für die Lage des andern Rechenschaft gibt. Es gilt, vorsichtig und behutsam, gewissermaßen schrittweise, den Boden für diese offene Aussprache zu bereiten.

Ein Havas-Kommentar

× Paris, 22. November. (Durch Funkspruch)

Ueber die Besprechung des Führers und Reichskanzlers mit dem französischen Botschafter in Berlin verbreitet die Havas-Agentur eine Meldung ihres Berliner Berichterstatters, der gleichfalls „die freundschaftliche Atmosphäre und den beiderseitigen guten Willen" als Hauptmerkmal der Aussprache hervorhebt.

Man dürfe jedoch, so heißt es in der Havasmeldung, der Besprechung keine außergewöhnliche Bedeutung beimessen. Es sei ganz natürlich, daß François-Poncet nach seiner Rückkehr aus Paris, wo er mit Laval über die allgemeine Politik gesprochen habe, dem Führer und Reichskanzler über seine bei den Unterredungen mit den Lenkern der französischen Politik gewonnenen Eindrücke Mitteilung mache. In diesem Sinne sei die Zusammenkunft mit den Unterredungen gleichzusetzen, die jeder diplomatische Vertreter normalerweise mit dem Leiter des Staates habe, bei dem er akkreditiert sei. Ohne Zweifel werde diese Aussprache dazu beitragen, eine günstigere Atmosphäre in den deutsch-französischen Beziehungen zu schaffen, die nicht dazu bestimmt seien, für alle Zeiten feindlich bleiben zu müssen. Man müsse sich jedoch hüten, auf diese Zusammenkunft übertriebene Hoffnungen zu gründen. Der versöhnliche Geist, der diese Unterredung zwischen Hitler und dem französischen Botschafter ausgezeichnet habe, werde ohne Zweifel dazu beitragen, das „Klima der deutsch-französischen Beziehungen" zu verbessern. In diesem Sinne sei die Aussprache ganz gewiß kein schlechtes Vorzeichen.

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 2)

Besprechungen hinter den Kulissen

Bemühungen um die ausschlaggebende Mitwirkung Amerikas

Sonderdienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

L London, 22. Nov. (Durch United Preß.)

Die Möglichkeit, daß durch internationale Maßnahmen Italien die Oelzufuhr abgeschnitten wird, wird hier immer lebhafter besprochen. Hinter den Kulissen sind starke Kräfte eifrig in dieser Richtung tätig. Allerdings soll dabei nicht die drastische Maßnahme eines „Ausfuhrverbots" zur Anwendung gelangen, sondern man zieht eine Abmachung in Betracht, durch welche die sanktionsführenden Staaten sich binden, ihre Ausfuhr nach Italien auf den normalen Stand nicht nur aus der Zeit vor Beginn des italienisch-abessinischen Krieges, sondern sogar vor Beginn der Vorbereitung zum Kriege zu beschränken.

Ueber diese Frage finden zur Zeit vertrauliche Besprechungen zwischen London, New York und Washington statt. Alle Völkerbundsstaaten, die Oel erzeugen, also England, Rußland, Rumänien, Holland, Persien, Venezuela, Mexiko, Ecuador und Polen haben, wie man in englischen Kreisen behauptet, die Bereitschaft bekundet, ihre Oelausfuhr zu beschränken. Aber

eine derartige Maßnahme müßte ohne die Mitwirkung der Vereinigten Staaten als des größten Erdölproduzenten der Welt wirkungslos bleiben.

Der Völkerbund ist also in dieser so wichtigen Frage von einem dem Völkerbund nicht angehörenden Staat abhängig. Dazu kommt noch erschwerend, daß Washington ohne Kongreßbeschluß nicht die rechtliche Möglichkeit besitzt, die Ausfuhr von Oel nach Italien zu verbieten. Die sich mit der Frage beschäftigenden Fachleute kamen zu dem Schluß, daß die Mitwirkung der Vereinigten Staaten nur in Form eines freiwilligen Verzichts der amerikanischen Erdölgesellschaften auf eine verstärkte Ausfuhr nach Italien zu erreichen ist. Unterdessen haben Roosevelt und Staatssekretär Hull ja in verschiedenen Erklärungen die Auffassung vertreten, daß

eine über das normale Maß hinausgehende Oelausfuhr nach Italien der amerikanischen Neutralität zuwiderlaufe.

Mit dieser moralischen Unterstützung der amerikanischen Regierung hat die englische Regierung ihre Bemühungen weitergeführt und mit dem Royal Dutch Shell-Konzern und der von der englischen Regierung kontrollierten Anglo-Iranischen Erdölgesellschaft Verhandlungen gepflogen. Gleichzeitig sollen diese beiden großen Gesellschaften, so verlautet aus zuverlässiger Quelle, mit ihren amerikanischen Konkurrenten über diese Frage verhandelt haben.

Die Warnungen und Ermahnungen Washingtons haben allerdings bisher auf die amerikanischen Erdölproduzenten bisher keinen großen Eindruck gemacht.

Die Oelausfuhr bleibt außergewöhnlich stark und ist im Wachsen. Sollte, was wahrscheinlich ist, eine völlige Unterbindung der Oellieferungen deswegen unerreichbar sein — wenigstens bis Roosevelt im Januar oder Februar vom Kongreß eventuell neue Vollmachten erhält —, dann würde man zunächst lediglich die Beschränkung der Oelausfuhr nach Italien auf das Vorkriegsmaß betreiben.

Kennzeichnend für die augenblickliche Lage ist die Aeußerung des Vertreters eines der größten europäischen Oelkonzerne. Er erklärte, sein Land sei zwar bereit, das Ausfuhrverbot für Erdöl nach Italien durchzuführen, vorausgesetzt, daß alle andern Staaten einschließlich Amerikas dasselbe tun. Da jedoch dieser allgemeine Boykott noch nicht die Zustimmung aller Staaten und Erdölproduzenten hat, könne sein Land auch nicht mehr tun, als die Ausfuhr auf das Vorkriegsmaß zu beschränken.

Sonst würden die amerikanischen Firmen einen zu großen Vorsprung auf dem italienischen Markt erhalten,

der zum Schaden aller Konkurrenten zu einem dauernden werden könnte.

Fachleute versichern, daß selbst eine Zurückschraubung der Ausfuhr auf normalen Stand für die Italiener schon in ein paar Monaten ein schweres Hindernis für die Durchführung des Krieges bedeuten müsse. Hiesige militärische Kreise behaupten, daß Italiens Vorräte nur drei Monate reichen würden. Zwar würden Mussolinis Maßnahmen zur Verminderung des inländischen Oelverbrauches die italienische Oellage etwas verbessern, aber die Einsparung werde bei weiten übertroffen durch den Mehrverbrauch infolge des wachsenden Bedarfs an Oel zu Kriegszwecken. Nach offiziellen Angaben liefert Amerika ungefähr 12 Prozent von Italiens Erdöleinfuhr ausschließlich solcher Lieferungen, bei denen es sich um amerikanischen Firmen gehörendes Oel aus Venezuela, Mexiko, Ecuador, Rumänien und dem Irak handelt.

Die deutsche Flotte ehrt Jellicoe

× Berlin, 22. November

Zu Ehren des verstorbenen Admirals Jellicoe, des ritterlichen Gegners und Befehlshabers der englischen Flotte in der Skagerrakschlacht, wird als Vertreter der Kriegsmarine der Flottenchef Vizeadmiral Förster an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen. Zur Stunde der Beisetzung wird die deutsche Flotte die Reichskriegsflagge halbstock setzen.

Belgische Studenten gegen die Sanktionen

× Brüssel, 22. November

Zu Zwischenfällen kam es am Donnerstagabend an der Universität in Lüttich bei einem von der Lütticher Abteilung der belgischen Völkerbundsvereinigung veranstalteten Vortrage über den italienisch-abessinischen Streitfall. Ebenso wie vor einigen Tagen an der Universität in Löwen, wo der Generalsekretär der belgischen Völkerbundsvereinigung mit Gewalt an der Abhaltung eines Vortrages über die Haltung Belgiens in diesem Streit verhindert worden war, nahmen am Donnerstagabend auch in Lüttich die rechtsstehenden Studenten gegen den Völkerbund und die belgische Regierung und für Italien Stellung. Die Polizei mußte eingreifen. Zahlreiche Studenten wurden aus dem Saale gewiesen. Mehrere Personen sollen verletzt worden sein. Nach der Versammlung setzten sich die Kundgebungen in der Umgebung der Universität noch bis in die Nacht hinein fort.

Ein großer Zug Studenten und Mitglieder der Nationalen Legion marschierte vor das italienische Konsulat und brachte dort die italienfreundlichen Gefühle der Kundgeber zum Ausdruck. Beim Vorbeimarsch am englischen Konsulat kam es zu englandfeindlichen Kundgebungen. Im Laufe der Nacht zogen die Anhänger und die Gegner der Sühnemaßnahmen noch einmal auf der Straße heftig aufeinander. Die Polizei hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Unruhe um den Franken

Laval im Kampfe mit dem Finanzausschuß — Das Warnungssignal der Bank von Frankreich

Zum zweitenmal innerhalb kurzer Frist hat die Bank von Frankreich ihr Warnungssignal ertönen lassen und ihren Diskontsatz auf nunmehr 5 Prozent erhöht. Als sie es das erstemal tat, wollte sie dem Abzug von Gold aus ihren Kellern Einhalt gebieten. Aber es gelang nur, ihn etwas abzudämmen. In der letzten Wochenbilanz mußte man abermals den Verlust von einer Milliarde Franken buchen. So versucht man eben, noch stärker zu bremsen.

Ob das erneute Anziehen der Diskontschraube wirken wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig hat es die Nervosität nicht gemildert, sondern, wie ein Blick auf den heutigen Valutenmarktbericht zeigt, eher verstärkt. Denn die Gründe für die neue Kapitalflucht aus Frankreich liegen ja nicht in der technischen Situation des Franken, sondern sind ausschließlich politischer Natur. Die Golddeckung des Franken ist mit jetzt 7382 Proz. noch immer eine der höchsten der Welt und völlig ausreichend, um auch noch größere Abzüge zu finanzieren. Was die Kapitalbesitzer erschreckt, ist die Ungewißheit der innenpolitischen Entwicklung. Es sind die französischen Budgetsorgen, die das Vertrauen untergraben. Seit Wochen verhandelt Laval mit dem Finanzausschuß der Kammer, ohne daß es gelänge, zu einer Lösung zu kommen. Seine Notverordnungen, die das Loch im Staatshaushalt durch Einsparungen zu stopfen suchten, stießen im Finanzausschuß auf Widerstand. Man hält ihm entgegen, daß jede mit solchen Einsparungen verbundene Beschränkung der Wirtschaft diese noch mehr lähmen, das Unglück also vergrößern, statt es beseitigen würde. Im Grunde wollen die Herren Abgeordneten natürlich aus höchst persönlichen wahlpolitischen Sorgen nicht an strenge Sparmaßnahmen heran. So kämpft die Mehrheit des Finanzausschusses also einen harten Kampf mit dem Ministerpräsidenten. In einigen Punkten hat sie ihm nachgegeben, in andern bleibt sie hartnäckig. Dann kommt der Konflikt um die von der Linken geforderte Auflösung der sogenannten faschistischen Verbände.

Von diesem Kampf sind auch die Kommentare gefärbt, mit denen die Pariser Presse die Anstrengungen

Schafft Heime für die HJ.!

Aufruf des Reichsstatthalters

Der Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen stellt der HJ. das nachstehende Geleitwort zur Heimbeschaffung zur Verfügung:

„Das deutsche Volk ist im Begriff, sich seine Zukunft zu bauen. Ueber die äußerliche Geschlossenheit hinaus gilt es, unser Volk bis zum letzten Mann mit dem nationalsozialistischen Geiste zu durchdringen. Im Vordergrund dieser Arbeit steht unsre heutige Jugend. Sie muß die Idee Adolf Hitlers weitertragen in die Jahrhunderte, die noch uns kommen. Nur wenn unsre Jugend ganz erfüllt ist von dem Glauben an die Größe und Unvergänglichkeit unsrer Bewegung, werden wir ihr das Werk des Führers mit ruhigem Gewissen anvertrauen können."

In der Hitlerjugend hat sich der zum Dienst an Deutschland bereite und damit beste Teil unsrer deutschen Jugend zusammengefunden. Sie hat durch Taten bewiesen, daß sie als einzige Jugendorganisation in der Lage ist, deutsche Jungen und Mädel im nationalsozialistischen Geiste zu erziehen. Darum erwächst uns allen die Pflicht, diese Jugend mit aller Kraft zu unterstützen.

In diesen Tagen tritt unsre Staatsjugend wieder mit dem Rufe an alle Volksgenossen heran: Schafft Heime für die Hitlerjugend! Sie braucht diese Heime in der Winterarbeit, um die Schulung und Ausrichtung in dem unbedingt erforderlichen Maße durchführen zu können. Somit sind die Heime der HJ. ein wesentlicher Faktor auf unserm Wege zu einem neuen deutschen Volk.

Ich richte an alle Dienststellen der Partei, an alle Behörden und an alle Volksgenossen die Aufforderung, unsrer HJ. leerstehende Räume oder Gebäude zur Verfügung zu stellen und sich tatkräftig für die Beschaffung und Ausgestaltung neuer HJ.-Heime einzusetzen."